

Wolfgang S. Heinz (Berlin)

Menschenrechte und Demokratie in Brasilien

Präsident Fernando Henrique Cardoso hat in seiner Rede zum Unabhängigkeitstag am 7. September 1995 betont, daß der Kampf für Freiheit und Demokratie einen neuen Namen hat: Er heißt Menschenrechte.¹

Über die Probleme der Menschenrechte in Brasilien wird in den internationalen, aber auch brasilianischen Medien immer wieder berichtet. Erst im August 1995 wurden nach Angaben der Menschenrechtsorganisation Amnesty International im Verwaltungsbezirk Corumbiara, Bundesstaat Rondônia, bei der Vertreibung von rund 500 Siedlerfamilien durch die Polícia Militar dreizehn Menschen — neun Bauern, zwei Kinder und zwei Polizisten — getötet und über 200 Menschen verwundet. Eine unabhängige Untersuchung des Tatherganges einschließlich der Frage, von wem die Gewalt ausging, steht noch aus.

In meinem Beitrag befasste ich mich mit der Analyse einiger zentraler Zusammenhänge zwischen dem Stand der Demokratisierung und der Durchsetzung der Menschenrechte in Brasilien. Die Beschreibung einzelner Menschenrechtsverletzungen steht hier nicht im Vordergrund.

1. Die Legate der Militärdiktatur

Der Übergang zur Demokratie fand in Brasilien statt, ohne daß es zu Reformen, d. h. zu strukturellen und personellen Veränderungen in Polizei und Militär gekommen wäre. Besonders in der Polizei lebten Einstellungen und Praktiken, die in der Guerrillabekämpfung gelernt wurden, auch in der Demokratie fort. Dies gilt vor allem für die Anwendung der

¹ Quelle: *Summary of World Broadcasts*, AL/2404/, 9. September 1995, L/1.

Folter (die es natürlich auch vor 1964 gab) und die zahlreichen Erschießungen von angeblichen Kriminellen in den großen Städten.

1994 erschienen die ersten Bücher, in denen einige hochrangige Militärs über ihre Erfahrungen während der Militärdiktatur sprachen.² Aus ihren Stellungnahmen wird deutlich, daß sie sich zu ihrer Arbeit während der Diktatur bekennen. Sie betrachten die damaligen Menschenrechtsverletzungen als selten und als Exzesse, nicht als Folge einer von ihnen verantworteten Politik. Nur in einem Fall wird die Reaktion des Staates auf die Guerrilla als übertrieben bezeichnet und die Strategie der Guerrillabekämpfung leicht kritisiert.

Im August 1995 wurde bekannt, daß die Regierung Cardoso 136 Familien, deren Angehörige während der Diktatur festgenommen wurden und «verschwanden», eine Entschädigung bezahlen wird. Dieser Plan wurde von brasilianischen Menschenrechtsorganisationen als unzureichend kritisiert. Sprecher des Heeres lehnten ihn dagegen mit Hinweis auf das Amnestiegesetz von 1979 ab, das beide Seiten, politische Gefangene und Angehörige der Sicherheitskräfte, von einer Strafverfolgung ausnahm und die bereits Verurteilten amnestierte.

2. Menschenrechte und Probleme ihrer Durchsetzung

Ein beunruhigendes Paradox Brasiliens ist die Tatsache, daß zahlreiche schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen unter drei demokratisch gewählten Regierungen vorkommen. Denn es wäre zu erwarten, daß die Rückkehr zur Demokratisierung 1985 auch zu einer deutlichen Verringerung von Menschenrechtsverletzungen geführt hätte. Diese Hoffnung war ein Trugschluß.³

² Vgl. D'Araujo / Soares / Castro 1994a und 1994b.

³ Vgl. Amnesty International 1994, 1995a und 1995b, Dimenstein 1990, 1994, sowie Heinz 1992 und Pinheiro 1992.

Jedes Jahr berichten nationale und internationale Menschenrechtsorganisationen über schlechte bis katastrophale Haftbedingungen, Folter, außergerichtliche Hinrichtungen und einzelne Fälle von Verschwindenlassen, um nur die traditionellen Formen von Menschenrechtsverletzungen zu nennen. So starben zwischen 1984 und Juli 1989 nach Angaben des Brasilianischen Instituts für Wirtschafts- und Sozialanalysen knapp 1 400 Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre eines gewaltsamen Todes, viele durch Todesschwadronen. Die Massaker im Carandirú-Gefängnis, in Candelaria und Vigário Geral und zuletzt in Corumbiara sind weitere, wichtige Beispiele für schwere, besorgniserregende Menschenrechtsverletzungen.

Das Problem der Menschenrechtsverletzungen läßt sich nach Opfern, Tätern und Ursachen aufgliedern.

Zu den Opfern von Menschenrechtsverletzungen zählen heute vor allem Angehörige der marginalisierten Bevölkerung, Kriminelle bzw. Personen, die man der Kriminalität verdächtigt, Prostituierte, Transvestiten, Behinderte, Straßenkinder u. a., die von Polizisten im aktiven Dienst oder pensionierten Polizisten, aber auch durch privat organisierte Todesschwadronen ermordet werden. Dies bleibt in aller Regel folgenlos, weil Polizei und Justiz zu einer effektiven Strafverfolgung zum Teil nicht in der Lage sind oder nicht den entsprechenden politischen Willen aufbringen. Charakteristisch für diese Situation ist es, daß seit dem ersten Jahr der neuen Demokratie hierüber kritisch berichtet wird, ohne daß man deutliche Verbesserungen auf nationaler Ebene sowie in den einzelnen Bundesstaaten konstatieren könnte.

Die unmittelbaren Täter gehören vor allem der Schutzpolizei (Polícia Militar), aber auch der Kriminalpolizei (Polícia Civil) an. Es sind Angehörige privat organisierter Todesschwadronen oder *pistoleiros* im Dienst von Großgrundbesitzern. Während einige der unmittelbaren Täter in den letzten Jahren verurteilt werden konnten, bleiben die Auftraggeber der Menschenrechtsverletzungen, diejenigen, die die Mörder bezahlen, in aller Regel unerkant.

Journalistische Recherchen und Untersuchungen von Menschenrechtsorganisationen deuten vor allem auf Geschäftsleute in den Städten hin, die sich von einer solchen «Säuberung» eine Verbesserung ihres Absatzes erhoffen, weil das Geschäftsumfeld von Marginalisierten und drohender Kriminalität befreit wird. Auf dem Land sind es Großgrundbesitzer, die Kleinbauern und Landbesitzer von ihrem Land vertreiben suchen. Hunderte von Kleinbauern und Landarbeiter, aber auch sie unterstützende Priester und Rechtsanwälte, sind bei Landkonflikten getötet worden. Nur in vier Prozent der Fälle wurden die Verantwortlichen vor Gericht zur Rechenschaft gezogen. Nach Untersuchungen des Amtes des Generalstaatsanwaltes waren in insgesamt 173 Fällen von Morden auf dem Land in 80 % der Fälle Angehörige der Schutz- oder Kriminalpolizei beteiligt. Die kirchliche Landpastorale (*Comissão Pastoral da Terra*) meldet für den Zeitraum 1991-1994 250 Fälle. Häufig werden die Morde durch Beauftragte der Landbesitzer, die sogenannten *pistoleiros*, durchgeführt. Selten wurden Fälle aufgeklärt, und häufig auch nur dann, wenn die Opfer einen hohen sozialen Status (z. B. Rechtsanwalt oder Priester) besaßen.

In der internationalen Öffentlichkeit wurde der Fall Chico Mendes bekannt. Nach anhaltendem nationalen und vor allem internationalem öffentlichen Druck wurden die Täter, ein Großgrundbesitzer und sein Sohn, zu einer langjährigen Gefängnisstrafe verurteilt — ein seltener Einzelfall. Allerdings gelang ihnen später die «Flucht» aus dem Gefängnis.

Zu den Hauptursachen von Menschenrechtsverletzungen zählen die erheblichen sozialen Spannungen, die sich in einem Umfeld von stark ungleichgewichtigem Wirtschaftswachstum (innerhalb des Landes), partieller Modernisierung, ungelösten Problemen des Landbesitzes und der starken Migration aus dem Nordosten in den Süden ergeben. Charakteristisch ist weiter die fehlende Präsenz des Staates in Form einer rechtsstaatlich orientierten Polizei und einer unabhängigen, effektiven Justiz. Folgerichtig bleiben viele schwere Menschenrechtsverletzungen

auch im zehnten Jahr der neuen Demokratie ohne hinreichende Untersuchung durch Polizei und Justiz, mit der gefährlichen Folge, daß solche Praktiken in den Augen von Tätern und potentiellen Tätern als wirkungsvoll und auch als «billig» angesehen werden. Damit kommt es aber zu einer weiteren Schwächung und Zerklüftung des staatlichen Gewaltmonopols.

Für das Jahr 1994 berichtete Amnesty International, daß mehrere hundert Personen von der Polizei und von Todesschwadronen außergerichtlich hingerichtet wurden. Aus Polizeistationen und Gefängnissen trafen viele Berichte über Folterungen und Mißhandlungen ein. Besonders Journalisten, Menschenrechtler, Kirchenmitarbeiter und einzelne engagierte Staatsanwälte erhielten Todesdrohungen, mit denen sie eingeschüchtert werden sollten. Allein zwischen September 1993 und Juni 1994 sollen in Rio de Janeiro 1 200 Menschen durch Todesschwadronen ermordet worden sein. 90 % der Fälle blieben unaufgeklärt.

Aus den Berichten und Analysen zu Menschenrechtsverletzungen ergibt sich zusammenfassend folgendes Bild:

- Auch weiterhin gibt es in Brasilien ein Gesamtbild schwerer Menschenrechtsverletzungen, direkt durch Übergriffe der Schutz- und Kriminalpolizei oder indirekt, durch Beteiligung an Aktionen der Todesschwadronen;
- die Aufklärung der zahlreichen Fälle ist äußerst begrenzt und lädt Täter und Auftraggeber dazu ein, diese Praktiken fortzusetzen. Die systematische, chronische Straflosigkeit von Menschenrechtsverletzungen ist der singulär wichtigste Faktor für immer neue Fälle;
- die disziplinarischen Institutionen innerhalb der Polizei einschließlich Militärgerichtsbarkeit und die Justiz sind nicht in der Lage, einen deutlichen Rückgang der Menschenrechtsverletzungen zu bewirken;
- eine schwache Zivilgesellschaft und Sympathien innerhalb von bestimmten Kreisen der Zivilgesellschaft mit einem «harten Vorgehen» der Polizei erleichtern und fördern

ebenso Menschenrechtsverletzungen wie bestimmte Medienprogramme, die Überfälle und ähnliches noch propagandistisch ausnutzen, um Angst und Rachegefühle in der Bevölkerung zu verstärken («bandido bom é bandido morto»). Die Gegenkräfte, einzelne reformorientierte Offiziere innerhalb der Polizei, der Katholischen Kirche, von Menschenrechtsorganisationen oder das Institut «Nukleus zu Gewaltfragen» der Universität São Paulo sind trotz allem Engagements noch viel zu schwach, um effektiven politischen Druck ausüben zu können. Im Gesamtspiel der Kräfte kommt daher den internationalen Menschenrechtsorganisationen auch weiterhin eine entscheidende Warn- und Lobbyfunktion zu. Ohne die Stärkung der guten Menschenrechtsarbeit vor Ort kann die internationale Arbeit aber kaum Früchte tragen, denn politische Veränderungen können nur vor Ort erkämpft werden, und daher sind die lokalen Akteure herausgefordert.

Individuelle und vor allem organisierte Gewaltanwendung stehen in einer direkten Beziehung zum politischen System, da der Staat sein Monopol legitimer und rechtsstaatlich kontrollierter Gewaltanwendung ausüben sollte. Daher sollen im folgenden einige Probleme des politischen Systems als Rahmenbedingung für die Durchsetzung oder Verhinderung der Menschenrechte diskutiert werden.

3. Das politische System als Rahmenbedingung für die Durchsetzung der Menschenrechte: zu einigen zentralen Problemen der brasilianischen Demokratie

Brasilianische und ausländische Autoren stimmen darin überein, daß es drei Grundschwächen des politischen Systems gibt,

die eine Konsolidierung der Demokratie in Frage stellen; sie bewerten aber ihren jeweiligen Stellenwert unterschiedlich:⁴

- Das geltende präsidentielle System führte bisher oft zu einer Konfrontation zwischen der Exekutive und der Legislative, weil der gewählte Präsident in der Regel über keine parlamentarische Mehrheit im Kongreß verfügt. Er ist gezwungen, Koalitionspartner zu finden, die sich ihre Unterstützung durch die Bedienung von Spezialinteressen belohnen lassen. Versuche, während der Verfassungsdiskussion 1987/88 und später während des Plebiszits die Einführung eines parlamentarischen Systems ernsthaft zu diskutieren, schlugen fehl.
- In Brasilien sind fast alle politischen Parteien programmatisch nicht gebunden, so daß in der Regel Kandidaten und Parteien gewählt werden, die nicht auf der Grundlage substantieller Programme zusammenarbeiten, sondern Einzel- und klientelistische Interessen bedienen. Obwohl die Zivilgesellschaft vor allem in den Städten stärker wird, kann diese keine tragfähigen politischen Alternativen zum existierenden Parteiensystem bieten. Dadurch ist die Unzufriedenheit mit den politischen Parteien hoch. Andere strukturelle Faktoren, besonders die Vorherrschaft der Mediengruppe O Globo, macht die politische Arbeit für Außenseiter und kritische Kräfte schwierig.
- Die Tatsache, daß ein großer Teil der Bevölkerung in Armut und sogar absoluter Armut leben muß, hat unmittelbaren Einfluß auf die Chancen für politische Beteiligung der breiten Bevölkerung. Analphabetismus, mangelnde politische Bildung und drückende Armut machen besonders auf

⁴ Zum politischen System und zur jüngsten Entwicklung vgl. Jaguaribe / Iglésias / Santos / Chacon / Comparato 1986 und Jaguaribe / Silva / Abreu / Ávila / Fritsch 1990, Lamounier 1989, 1992 und 1994, Mainwaring 1991, Stepan 1989, Wöhlcke 1994, Calcagnotto 1994a und 1994b sowie Sembach 1995.

dem Land und in den städtischen Armutsvierteln das Wahlverhalten von Vergünstigungen und Versprechen abhängig.

Keiner dieser drei Faktoren scheint sich kurzfristig verändern zu lassen. Das präsidentielle System ist durch das Plebiszit von 1993 bestätigt worden. Das *impeachment*-Verfahren gegen den früheren Präsidenten Collor de Mello hat zwar die Funktionsfähigkeit des politischen Systems in einer extremen Ausnahmesituation demonstriert, aber strukturelle Schwächen wie z. B. Korruption und mangelnde Kontrolle der Bundesbürokratie bleiben weiterhin bestehen.

Im Parteiensystem gibt es zwar einige Parteien mit einer stärkeren programmatischen Ausrichtung wie PPS, PSDB und die PT, aber auch in Zukunft ist vom Fortbestehen des existierenden, zerklüfteten Parteiensystems auszugehen, das im übrigen von den meisten Politikern wegen seiner «Flexibilität» als weitgehend funktional und sinnvoll angesehen wird. Denn die «schwachen Parteien» sind nicht das Ergebnis eines gewissermaßen «natürlichen» politischen Prozesses. Vielmehr haben die Politiker selbst durch das Wahlrecht und andere Maßnahmen ein größtmögliches Maß an Autonomie für sich sichergestellt, eine Autonomie, die auf Kosten der Herausbildung stärkerer, programmatischer Parteien erzielt werden konnte. Diese «Flexibilität» ist für die Exekutive, den Präsidenten, von zentraler Bedeutung, um die nötige parlamentarische Unterstützung im Kongreß zu erhalten.

Die Katholische Kirche und andere gesellschaftlichen Akteure fördern seit Jahrzehnten politische Bewußtseinsbildung, aber diese kann erst mittel — oder langfristig Wirkungen erzielen. Auch wenn sie weiter zunimmt, werden die Entfaltungschancen für politische Beteiligung durch fortbestehende Armut, die Klientelverhältnisse weiter zementiert, beeinträchtigt. Die Wirtschaftspolitik hat neben ihren positiven makroökonomischen Auswirkungen gesellschaftliche Kräfte wie die Gewerkschaften erheblich geschwächt. Neue Kräfte wie Frauenbewe-

gung, indigene Bewegung und Umweltbewegung haben bisher kein vergleichbares politisches Gewicht erlangen können.

Dies führt zu einer wichtigen Schlußfolgerung: Politik wird in Brasilien auch weiterhin vor allem in den traditionellen politischen Kreisen formuliert und entschieden. Zivilgesellschaftlichen Akteuren gelingt es nur selten, ein eigenes politisches Gewicht in den Entscheidungsprozeß einzubringen. Die Absetzung von Präsident Collor de Mello ist eine seltene Ausnahme dieser Regel, und auch hier spielten Parteien, Parlament und die Medien die entscheidende Rolle in der ersten Phase.

Im Hinblick auf die Durchsetzung der Menschenrechte zeigen sich die zentralen Schwächen der Demokratie vor allem:

- in der mangelnden Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen durch die Polizei,
- in der langsamen, ineffektiven Arbeit der Justiz und
- in dem mangelnden politischen Willen der Bundes- und Landesregierungen, eine demokratische, effektive Politik der inneren Sicherheit durchzusetzen, statt nur auf Abschreckung gegen die «bandidos» zu setzen. Sicherlich antwortet die bisherige Politik damit auf die Ängste und Forderungen wichtiger Gesellschaftsschichten. Aber solange es dem Staat nicht gelingt, eine halbwegs effektive Politik der inneren Sicherheit sowie eine sozial orientierte Wirtschafts- und Sozialpolitik zu entwickeln, werden immer wieder «bandidos» nachwachsen, und der Staatshaushalt für innere Sicherheit wird weiter steigen.

Vor allem eine Reform der Justiz ist überfällig. In einer Umfrage von 1990 bekannten sechs von zehn Brasilianern, daß sie sich bei einem Überfall nicht an Polizei oder Justiz wenden, weil dies zu nichts führt. Nur 1,5 % gaben als Grund Angst vor Repressalien an. Justiz bedeutet für die verschiedenen sozialen Klassen unterschiedliche Dinge: Für die einen vor allem Repression, für die anderen Durchsetzung von Eigentumsrech-

ten. Die Wohlhabenden können sich der Justiz oft entziehen, die Armen, also die Mehrheit der Bevölkerung, nicht. Zwar gibt es dieses Bild auch in anderen Ländern, aber in Brasilien ist es besonders markant. Auch bekannten 82 % der Befragten 1995, daß sie nicht an die Gleichheit des Brasilianers vor dem Gesetz glaubten. Vor allem Hautfarbe und Reichtum seien entscheidende Faktoren für eine ungleiche Behandlung durch Polizei und Justiz.⁵

4. Die Zukunft: Politische Reformen als Voraussetzung für eine wirkungsvolle Durchsetzung fundamentaler Menschenrechte

Die Weiterentwicklung der Demokratie in Brasilien — verstanden als Erweiterung der politischen Beteiligung der Bevölkerung — steht vor großen Herausforderungen. Sie verlangt nach neuen Maßnahmen der politischen Bewußtseinsbildung und Veränderungen im politischen Prozeß. Wichtige Voraussetzungen sind vorhanden, z. B. die wachsende Zustimmung eines großen Teils der Bevölkerung zur Demokratie, auch wenn ihre erheblichen Schwächen gesehen werden.

Zu den zentralen Herausforderungen gehören die folgenden Punkte:

- Veränderungen im Wahlrecht, die die Herausbildung starker, programmatisch orientierter Parteien fördern;
- die Förderung politischer Massenbildung zu den Themen Staatsbürgerschaft, individuelle Rechte und Pflichten, von Beteiligungsmöglichkeiten am politischen Prozeß auf lokaler, föderaler und nationaler Ebene und korrespondierende Reformen in Politik und Verwaltung der Bundesstaaten;
- eine ernsthafte Investition in eine Reform der Schutz- und Kriminalpolizei sowie der Justiz, um zumindest mittelfristig

⁵ *Jornal do Brasil*, 28. April 1995, S. 7.

- das Gewaltmonopol des Staates wiederherzustellen und den hohen Grad der Vollzugsdefizite — und damit einhergehender Straflosigkeit — zu verringern;
- eine Erweiterung der politischen Beteiligungsmöglichkeiten auf lokaler Ebene. Diese sollte die Chancen der breiten Bevölkerung verbessern, am politischen Prozeß direkt und effektiv teilzunehmen;
 - eine entschiedene Bekämpfung von Korruption, besonders im politischen Bereich. Sie würde helfen, den weit verbreiteten Glaubwürdigkeitsverlust und Zynismus zu verringern, nach der Politik im wesentlichen der persönlichen Bereicherung der Politiker und ihrer Klientelgruppen dient;
 - eine stärkere Rolle der Bundesorgane bei der Durchsetzung der Menschenrechte. Hierzu sollte gehören, Menschenrechtsverletzungen zu Bundesstraftaten zu machen, die Länderpolizeien neu und einheitlich zu organisieren, und die Militärgerichtsbarkeit für die Schutzpolizei abzuschaffen und durch die zivile Justiz zu ersetzen.⁶

Bei der Wiener Menschenrechtskonferenz 1993 hatte Brasilien zusammen mit Australien den Vorschlag gemacht, alle Länder sollten einen Nationalen Plan zur Durchsetzung der Menschenrechte vorlegen, der in enger Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Kräften und besonders Menschenrechtsorganisationen zu erarbeiten und umzusetzen ist. Präsident Cardoso hat einen solchen Plan für Brasilien angekündigt. Er könnte zu einem wichtigen Instrument einer ernsthaften und nachhaltigen Menschenrechtspolitik werden. Eine regelmäßige öffentliche Rechenschaft darüber, welche Ziele in welchem

⁶ Amnesty International hat 1994 gefordert, daß die Bundesregierung die Einführung von Maßnahmen in Betracht ziehen solle, die «den Behörden erlauben, die Beachtung der Menschenrechte in einzelnen Bundesstaaten zu überwachen und den Bundesgerichtshöfen zu erlauben, Fälle von Menschenrechtsverletzungen zu untersuchen und gerichtlich zu verfolgen, wenn sie auf bundesstaatlicher Ebene nicht umgehend, vollständig und unparteiisch untersucht worden sind.» (Amnesty International 1994: 58).

Umfang erreicht werden und welche Probleme besondere Ressourcen verlangen, könnte dazu beitragen, die Bemühungen zu fokussieren und damit die Chancen zu verbessern, klare Ergebnisse zu erzielen.

Dies ist der entscheidende Punkt: Es geht darum, faßbare Ergebnisse zu erzielen. Welche institutionellen Veränderungen und Reformen auch immer in Angriff genommen werden, es muß zum einen gelingen, in sehr viel stärkerem Maße als bisher Verantwortliche für Menschenrechtsverletzungen, die direkten Täter und vor allem ihre Auftraggeber, vor Gericht zu bringen, zum anderen eine Strategie zur Prävention, zur Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen, zu entwickeln. Anderenfalls droht die Ankündigung institutioneller Reformen zu einer Menschenrechtsrhetorik zu verkommen, die bereits heute in vielen Ländern verbreitet ist.

5. Literatur

- Amnesty International (1994): *Jenseits der Verzweiflung: Menschenrechte in Brasilien heute*, Bonn: Amnesty International.
- Amnesty International (1995a): *Jahresbericht 1995*, Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag.
- Amnesty International (1995b): *Mutmaßlicher Staatlicher Mord: Brasilien*, Bonn: Amnesty International.
- D'Araujo, Maria Celina / Soares, Gláucio Ary Dillon / Castro, Celso (Hrsg.) (1994a): *Visões do golpe: a memória militar sobre 1964*, Rio de Janeiro: Relume Dumará.
- D'Araujo, Maria Celina / Soares, Gláucio Ary Dillon / Castro, Celso (Hrsg.) (1994b): *Os anos de chumbo: a memória militar sobre a repressão*, Rio de Janeiro: Relume Dumará.
- Calcagnotto, Gilberto (1994a): «Politische Kultur und Demokratisierung», in: Briesemeister, Dietrich / Kohlhepp, Gerd / Mertin, Ray-Güde / Sangmeister, Hartmut / Schrader, Achim (Hrsg.) (1994): *Brasilien heute: Politik — Wirtschaft — Kultur*, Frankfurt am Main: Vervuert, S. 176-196.

- Calcagnotto, Gilberto (1994b): «Ein Plebiszit ohne Folgen? Brasilien bleibt Republik mit Präsidialsystem», in: *Lateinamerika: Analysen — Daten — Dokumentation* 11/25-26, S. 58-66.
- Dimenstein, Gilberto (⁵1990): *A Guerra dos Meninos*, São Paulo: Editora Brasiliense.
- Dimenstein, Gilberto (⁵1994): *O cidadão de papel: a infância, a adolescência e os direitos humanos no Brasil*, São Paulo: Editora Ática.
- Heinz, Wolfgang S. (1992): «Menschenrechte in der neuen brasilianischen Demokratie», in: Dirmoser, Dietmar / Gabbert, Wolfgang / Meschkat, Klaus / Müller-Plantenberg, Clarita / von Oertzen, Eleonore / Rediske, Michael / Ströbele-Gregor, Juliane / Iglésias, Francisco / Santos, Wanderley Guilherme dos / Chacon, Vamireh / Comparato, Fábio (Hrsg.): *Lateinamerika: Analysen und Berichte* 16 (Jahrbuch 1992; Münster), S. 194-202.
- Jaguaribe, Helio / Silva, Nelson do Valle e / Abreu, Marcelo de Paiva / Ávila, Fernando Bastos de / Fritsch, Winston (²1986): *Brasil, sociedade democrática*, Rio de Janeiro: José Olympio.
- Jaguaribe, Helio / Silva, Nelson do Valle e / Abreu, Marcelo de Paiva / Ávila, Fernando Bastos de / Fritsch, Winston (⁵1990): *Brasil: reforma ou caos*, São Paulo: Editora Paz e Terra.
- Lamounier, Bolívar (1989): «Brazil: Inequality against Democracy», in: Diamond, Larry / Linz, Juan José / Lipset, Seymour Martin (Hrsg.) (1989): *Democracy in Developing Countries*, Bd. 4, Boulder; London: Rienne; Adamantine, S. 111-157.
- Lamounier, Bolívar (1992): «O modelo institucional brasileiro: a presente crise e propostas de reforma», in: *Ibero-America-nisches Archiv* 18/1-2 (1992), S. 225-244.

- Lamounier, Bolívar (1994): «Brazil: Toward Parliamentarism?», in: Linz, J. / Valenzuela, A. (Hrsg.): *The Failure of Presidential Democracy*, Bd. 2, Baltimore: John Hopkins University Press, S. 179-219.
- Mainwaring, Scott (1991): «Politicians, Parties and Electoral Systems: Brazil in Comparative Perspective», in: *Comparative Politics* 24/1, S. 21-43.
- Pinheiro, Paulo Sérgio / El-Chichini Poppovic, Malak / Kahn, Tulio (1992): «Poverty, Marginalization, Violence and the Realization of Human Rights», São Paulo (Typoskript, Beitrag zur UN-Menschenrechtskonferenz, Wien 1993).
- Sembach, Britta (1995): «Warum stürzte Brasiliens Präsident Collor? Ursachen für das Impeachment und Auswirkungen auf die Demokratisierung», Wissenschaftliche Hausarbeit, Universität Hamburg.
- Stepart, Alfred (Hrsg.) (1989): *Democratizing Brazil*, New York; Oxford: Oxford University Press.
- Wöhlcke, Manfred (1994): «Brasilien: sozio-ökonomische und außenpolitische Perspektiven vor dem Hintergrund eines blockierten Entwicklungspotentials», in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 4-5 (Beilage zur Zeitschrift *Das Parlament*), S. 28-37.